

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Heften 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. J. B. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Meiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 24. Mai. In dem Entwurfe zur
Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, wie er
dem Bundesrathe zur Beschlußfassung unterbreitet
ist, ist bekanntlich gegenüber dem im Januar d. Js.
im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Wortlaute
auch eine Aenderung bezüglich der künftigen
Verfolgung der schwebendsten Klagen vor-
genommen. Dem früheren Entwurfe und insbe-
sondere dem § 2 desselben war von vielen Seiten
das Bedenken entgegengehalten worden, daß der
Versuch einer künftigen Verfolgung der schwin-
delhaften Klagen zur Verletzung der Organe
der Strafrechtspflege gereichen und schärfste De-
nunktionen hervorrufen, hierdurch aber die Moral
im Geschäftsleben eher schädigen als fördern
würde. Dieses Bedenken ist als berechtigt aner-
kannt. Eine Strafanzeige bringt, sofern sie nicht
über besseres Wissen erstattet ist (§ 164 des
Strafgesetzbuches) für den Anzeigenden — abge-
sehen etwa von der im Falle grober Fahrlässigkeit
ihm unter Umständen treffenden Kostenpflicht
(§ 501 der Strafprozeßordnung) — keinerlei Ver-
antwortlichkeit mit sich; hierin liegt, sobald die
unwahre Klage unter strafrechtliche Verfolgung
gestellt wird, ein gewisser Anreiz zu Denunk-
tionen, die alsdann die Staatsanwaltschaft und
die Polizei zu näheren Ermittlungen verpflichten
und, auch wenn sie sich als unbegründet heraus-
stellen, für den Betroffenen mit Unannehmlich-
keiten und geschäftlichen Nachtheilen verbunden
sind. Um dieser Gefahr zu begegnen, soll nach
§ 9 des gegenwärtigen Entwurfs bei Anzeigen
im Falle der Unrichtigkeit — ebenso wie bei
Verleumdungen und leichten Körperverletzungen — der
Betrieb des Strafprozesses im Allgemeinen der
Entscheidung des geschädigten Wettbewerbers über-
lassen werden. Dieses Verfahren wird, ohne die
Wirksamkeit der Strafanzeige abzumildern,
jedem, der sich durch unwahre Angaben eines
Wettbewerbers benachtheiligt glaubt, zu einer sorg-
fältigen Prüfung des Sachverhalts und des eigen-
en Interesses veranlassen, bevor er mit der
Rolle eines Privatklägers verbundenen Mitbe-
wältigung und sekundären Opfern sich unterzieht.
Dabei bleibt auch das öffentliche Interesse hin-
reichend gewahrt, insofern bei Verlegung desselben
die Staatsanwaltschaft von Amts wegen einzu-
schreiten berechtigt und verpflichtet ist. Auf das
Verfahren bei der Privatklage finden die allge-
meinen Bestimmungen der Prozeßgesetze, insbe-
sondere die §§ 414 bis 434 der Strafprozeßord-
nung, entsprechende Anwendung.

Auch im Abgeordnetenhaus hat der Vor-
stoß der Dimittalisten zu einem Erfolge geführt,
der im Interesse unserer Währung nur bedauer-
lich werden kann. Mit großer Mehrheit ist ein An-
trag angenommen worden, wonach die Regierung
aufgefordert wird, eine Regelung der Währungs-
frage mit dem Entzweie eines internationalen
Wimetalismus einschließlich Englands herbeizu-
führen, nachdem ein Antrag auf Streichung des
betr. Absatzes mit 187 gegen 92 Stimmen abge-
lehnt worden war. Man wird einwenden, daß
durch die Einführung Englands der Forderung
die praktische Bedeutung genommen ist, da Eng-
land sich nun und nimmer dazu verstehen werde,
seine gute Währung dem Wimmetalismus des Bi-
metallismus zu opfern. Das Bedenken aber ist,
daß die Agitation der Dimittalisten bei uns
durch Beschäftigung mit dem Herrenhaufe und jetzt
auch im Abgeordnetenhaus geführt wird, nur ver-
stärkt werden kann. Und gerade mit Rücksicht
auf diese unausbleibliche Wirkung ist die Frage
wohl am Platze, ob nicht durch eine entschiedenere
Haltung der Regierung einer Folgeerscheinung
hätte entgegengetreten werden können, über deren
Bedeutung niemand im Zweifel sein kann.
Herr Dr. Mügel hat die Erklärung des Fürsten
Hohenlohe im Herrenhaufe noch einmal wiederholt;
aber hier wie dort ist die Wirkung die gewesen,
daß man sich trotz der Erklärung, die Einleitung
von Verhandlungen über die Hebung des Silber-
werthes solle unserer Währung nicht präjudizieren,
nicht hat abhalten lassen, die Regierung auf ein
bestimmtes Programm: den internationalen Bi-
metallismus zu verpflichten. Es wiederholt sich
hier dieselbe Erscheinung wie auf dem Gebiete der
Gemeindefiskalpolitik. Man hat versucht, die Zwangs-
zinsfuß mit kleinen Zugeständnissen zu befriedigen,
aber man hat sie nur ermutigt zu neuen Forde-
rungen. Um so mehr hätte man sich hüten sollen,
dieselbe Gefahr bei der bimetalistischen Bewegung
heraufzubeschwören.

Der für die Jahre 1895 bis 1897 neu
gebilligte Landesbahngesetz ist zu seiner ersten
Sitzung am 29. d. Mts. einberufen. Nach
der Geschäftsordnung kann in dieser Sitzung nur
der Antrag für die Vorberatung der dem
Landesbahngesetz überreichten Vorlagen ge-
stellt werden. Es ist aber bereits in Aussicht
genommen, demnach zu einem neuen Zeitpunkt
den Ausschuss zur Vorberatung zahlreicher wich-
tiger, insbesondere für die Kreise der Landwirth-
schaft bedeutender Vorlagen einzuberufen und so-
dann alsbald eine zweite Sitzung des Landesbah-
ngesetzes anzuberaumen.

Im Herrenhaufe ist, wie wir berichteten,
eine Interpellation eingebracht über das Tempo,
in welchem die Regierung die sogenannten kleinen
— in Wahrheit recht beträchtlichen — Mittel zur
Unterstützung der Landwirthschaft durchzuführen
wolle. Dies wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“
beauftragt; nach einer Einleitung voll Komplimenten
wird bemerkt:

„Unsere landwirthschaftliche Bevölkerung darf
mit vollem Vertrauen auf die Regierung blicken.
Man dürfte wohl annehmen, daß diese Thatsache
gerade im Herrenhaufe hervorgehoben und reichlich
anerkannt werden würde. Daß mit der erwähnten
Interpellation — dem unabweisbaren Einbruch
nach — das Gegenbild geschaffen ist, eine Er-
fahrung, die bekümmert und betrübt. Wir möchten
uns denn auch der Hoffnung hingeben, daß auf
die Ausführung der Interpellationsabsicht im
Interesse einer geordneten Entwicklung unserer
inneren Verhältnisse verzichtet wird.“

Zwischen dem preussischen Kultusminister
und dem deutschen Pharmazeuten-Verein hat ein
interessanter Schriftwechsel stattgefunden. Der
Vorstand hat den Minister, er möge dem Gesuche
des deutschen Apotheker-Vereins um Aufhebung
oder Aenderung der gegen die Mischkuren im
Apothekenwesen getroffenen Maßregeln nicht statt-
geben; er wolle ferner anordnen, daß den nicht
besitzenden, im Bereiche thätigen Apothekern die
Berechtigung verliere, die Errichtung von
Personaldispensaren unter Vorlegung der Gründe
beim Kreisphysikus und der Ortsbehörde zu bean-
tragen, und daß ihnen gegen die Aufhebung

des Beschlusses das Recht der Berufung an das
Regierungspräsidium und in dritter Instanz an
das Ministerium zustehe. Die Antwort des
Ministers lautet folgendermaßen: „Auf die Ein-
gabe betreffend die Aufhebung neuer Apotheken er-
widere ich dem Vorstände des deutschen Phar-
mazeuten-Vereins, daß es Jedermann freisteht, die
Anlage neuer Apotheken bei den Behörden zu be-
tragen und gegen deren Bescheid eventuell die
Entscheidung der höheren Instanzen anzufordern.“

Ueber die gegenwärtig in Ausführung
befindlichen Bauten bei Stoltenau für die
Festlichkeiten aus Anlaß der Eröffnung des Nord-
dtsch.-Balt. Kanals wird der „Nordd. Allg. Ztg.“
geschrieben: „Die große Festhalle, in welcher das
von dem Kaiser gegebene Festmahl stattfinden wird,
wird an der südlichen (Kiel) Seite des Kanals
erbaut. Sie erstreckt sich längs des von der
Mündung des Kanals gegen die Bitter Sicht zu
gelegenen, von der Fährde durch eine Mole
getrennten sogenannten Torpedohafens. Vielfach
wurde berichtet, man baue zum Zwecke des Fest-
mahls die alte „Mole“ wieder auf, das ist aber
ein Irrthum. Die Idee, dem Gebäude die dem
Anlaß entsprechende Form eines Seeschiffes zu
geben, rührt von dem Kaiser selbst her. Als dem
Kaiser für die Festhalle ein in dem üblichen, von
Zählern bestrichenen Stuhl entworfenen Plan, wie
solcher den meisten aus Anlaß öffentlicher Festlich-
keiten entworfenen Gelegenheitsbauten zu Grunde
liegt, vorgelegt wurde, zeichnete der Kaiser selbst
mit Bleistift auf die Rückseite desselben die Skizze
der Halle in Form eines Schiffes des 17. Jahr-
hunderts. Die weitere Ausgestaltung dieses
Gedankens führte Baupinspector Gruner im Mini-
sterium für öffentliche Bauten aus; nach seinen
Entwürfen werden auch in Berlin die mit plastischem
Schmuck gefüllte Gallerie und das Deck
(dieses Kiel zugewandt) fertig gestellt. Bereits
markirt der aufgerichtete riesige Mastbaum
(33 Meter hoch) die Mittellinie des Baues. Der
alte Mastbaum des „Moltke“ lieferte das Material
für den Bugspriet. Auf die Masten werden noch
zwei Stangen aufgesetzt, so daß die Gesamt-
höhe an 70 Meter betragen wird — weit über
die jetzt vorhandenen höchsten Masten (50 Meter)
hin aus. Die Masten, welche die Masten verhalten
wird, scheitert den eigentlichen Festraum von den
gegen die Fährde zu gelegenen Toilettenräumen ab.
Der ganze Bau hat die Ausdehnung von 130
Metern zu 40 Metern, während der Festsaal selbst
eine solche von 100:21 hat. Dieser wird selbst
nach durch leichte Gewölbe abgedeckt, durch welche
150 Bogenlampen ihr Licht scheinen lassen, so
daß die Tischgäste den Eindruck haben werden, als
nähmen sie das Mahl unter einem Sonnenzelt.
Auf diesen Bau schließen sich die großartigen An-
lagen für die Küche und die Anrichterräume. Am
nördlichen Ufer des Kanals ist man mit dem
Aufbau der großen Tribünen beschäftigt für die
zu der Feier geladenen Persönlichkeiten. Es sind
bereits zwei vorgegeben. In Vögenform um-
schließen sie die Erhöhung, auf der zwischen dem
Festsaal und einem kleinen Gebäude (Wart-
halle) der Schlußstein gelegt wird. Durch den
Zwischenraum zwischen beiden hindurch können
die Besucher der Tribüne, die ein kleiner Mauer-
meister auf den Höhen oberhalb des Festplatzes
errichtet, Zeuge des Festalles sein.“

Wie nunmehr aus dem veröffentlichten
Berichte der Reichstagskommission zur Vor-
berathung der Gewerbeordnungsnovelle hervorgeht,
daß sich hinsichtlich eines scharfer Unterschiedes in den
Anforderungen der Bundesregierungen über die
Bekämpfung der Auswüchse im Hausirhandel
auch in den Kommissionsverhandlungen geltend
gemacht. Während die übrigen Regierungen auf
dem Boden des eingetragenen Entwurfs standen,
verharrte die bayerische Regierung auf dem Stand-
punkte, daß die vorgeschlagenen Neuerungen zur
Bekämpfung nicht ausreichen und daß die Aus-
wüchse nur beseitigt werden würden, wenn für
jeden Bezirk, in welchem der Hausirhandel be-
trieben werden solle, der Bedürfnisnachweis ein-
geführt würde. Nebenbei war von Interesse, daß
die bayerische Regierung offiziell die Schädigung
des sechsten Gewerbes durch die in Folge der
Sonntagsruhe hervorgerufene größere Konkurrenz
des Hausirhandels betonte. Es ist nicht zu leug-
nen, daß nicht bloß in Bayern, sondern auch in
anderen Bundesstaaten das Verlangen einer Rege-
lung des Hausirhandels wenigstens für bestimmte
Waarengattungen, die sich aus ihrer sonstigen
Beschaffenheit noch nicht zum Hausirhandel eignen,
in der Weise gewünscht wird, daß den oberen
Verwaltungsbehörden die Entscheidung über die
Bedürfnisfrage übergeben wird. Es liegen auch
nach dieser Richtung hin dem Reichstage Petiti-
onen von bedeutenden wirthschaftlichen Vereinen
vor. Die Vertreter der verbundenen Re-
gierungen konnten denn auch eine Aenderung der
Regierungsvorlage in diesem Sinne nur dadurch
verhindern, daß sie das eventuelle Scheitern der
Novelle für den Fall der Annahme in Aussicht
stellten. Die Kommissionsmehrheit sah im In-
teresse des Zustandekommens der Novelle von
einer Niederlegung ihrer Anschauung im Ent-
wurfe ab, nahm jedoch eine Resolution an, in
welcher der Reichsanwalt um die Vorlegung eines
Gesetzentwurfs ersucht wird, in welchem die Er-
hebung von Warenausweisungen von dem Nach-
weis eines vorhandenen Bedürfnisses unter
hinsichtlicher Berücksichtigung des allergebräuch-
lichen Hausirhandels abhängig gemacht wird. Es ist
dabei dokumentirt, daß sich die Mehrheit der
Reichstagskommission auf den Standpunkt der
bayerischen Regierung gestellt hat. Durch den
vorläufigen Entschluß dieser Woche erfolgen dem
Schluß der Reichstagsversammlung wird es unmöglich
gemacht, die Ansicht der Mehrheit des Reichstages
selbst über diese Frage kennen zu lernen. Es
durfte wohl als sicher angenommen werden,
daß die jetzt unerledigte Gewerbeordnungsnovelle
in der nächsten Tagung des Reichstages
wieder beschäftigen wird.

Aus Kiel, 21. Mai, wird der „Voss. Ztg.“
geschrieben:

„Es liegt sich erwarten, daß das Schreiten der
Agrarier nach hohen Preisen auch andere Inter-
essentkreise zur Nachschaffung veranlassen würde.
Wenn die Handelsverträge nicht abgeschlossen
wären, so würde der Kampf aller gegen alle bald
wieder in der abschließenden Form ausbrechen.
Die preussischen Berufsschiffe, die am letzten
Sonntage ihre Versammlung in Schleswig hatten,
lassen sich, so wenig günstig die Aussichten für
eine Aenderung des Zolltarifs sind, nicht abhalten,
nicht nur einen Zoll auf frische, geräucher- und
angefasene Fische zu fordern, sondern auch im
Interesse der Erhaltung und Entwicklung der
gesamten Fischerei eine Erhöhung des Zolles

auf Salzheringe. Die Forderung eines neuen
Fischzölles widerspricht nicht nur dem Interesse
der Konsumenten, sondern auch dem Berufs-
interesse der Räucherer und Fischhändler, immer-
hin würde dieser Zoll die breiteren Volksschichten
treffen, während von der Erhöhung des Salz-
heringzölles nur die allerärmsten und zwar
meistens in den südlichen Provinzen betroffen
würden. Und was würden die preussischen Be-
rufsschiffe für einen Vortheil davon haben? Der
Import gefasener Fische würde nicht aufhören,
höchstens würde der Verbrauch etwas kleiner
werden, den Vortheil würden nicht die preussischen
Fischer, sondern nur der Fiskus haben. Und
dies soll nach der Schleswiger Resolution von
der Erhöhung dieses Zolles die Erhaltung der
gesamten Fischerei abhängen.“

Mit dem Vorwurfe, daß im Togogebiet
nach wie vor Sklavenhandel getrieben werde, tritt
der gegenwärtig in Berlin weilende Afrikareisende
G. A. Krause aus neue vor die Öffentlichkeit.
Da eine Vorlage über die Bekämpfung des
Sklavenhandels den Reichstag beschäftigt, die nach
vor Schluß der Tagung am Freitag erledigt
werden soll, so wird die Regierung nicht zögern,
über die Behauptungen Krauses, der sich mit
seinen Anlagen direkt gegen einen deutschen Be-
amten, den farbigen Verwalter von Bismarckburg,
wendet und Kete im Togogebiet als den Haupt-
slavenmarkt bezeichnet, Aufschluß zu erteilen.
Daß an den Grenzen des deutschen Togogebiets
der Sklavenhandel noch immer besteht, ist eine
auch von anderer Seite festgestellte Thatsache.
Raum auch an dem Erscheinen der deutschen Re-
gierung, diesem Treiben ein Ende zu machen, nicht
gehesseht werden, so ist es doch in hohem Maße
bedauerlich, daß Krause, wie die von Krause er-
hobenen, noch immer laut werden können, nachdem
bereits vor Jahren energische Schritte zur Be-
seitigung des Sklavenhandels durchgeführt worden
waren.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Mai. In die am 14. d. M.
stattfindende Ueberrückung seines Begleitungs-
schiffes durch den russischen Botschafter
an hiesigen Hofe, Grafen Kapnist, ankündigend, sagt
das „Frankenblatt“: Graf Kapnist kann hier der
herlichsten Aufnahme sicher sein; er findet als
Minister des Aeußeren einen Mann, mit dem er
aus früherer Zeit her die freundschaftlichsten Be-
ziehungen unterhält. Dies wird eine Gewähr dar-
für sein, daß das vertrauensvolle Verhältnis, wel-
ches unter Graf Kalnoky zwischen Rußland und
der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie bestand,
in gleicher Weise fortwähren wird.

Wien, 22. Mai. In einer Versammlung,
die der deutsche kaufmännische Verein einberufen
hatte, um gegen die Maßregelung antismittlicher
Beamtinnen einer Firma wegen ihres Eintretens für
den antismittlichen Reichsraths-Kandidaten eine
Kundgebung zu veranstalten, erging nach dem
Hauptgeschäftler Lueger der Redakteur Wolf das
Wort, um Widerspruch dagegen einzulegen, daß
der große Sieg des Antismittalismus lediglich ultra-
montanen Zwecken dienlich gemacht werde.
Darauf erhob sich Dr. Lueger erneut und ver-
stärkt mit der Schärfe seiner Anhänger den Saal. Wolf
erklärte, in seiner Rede fortwährend, er freie sich
über diesen Zwischenfall, der eine reinliche Scher-
bung der Geister herbeigeführt habe. Man hätte
die Deutschnationalen nicht durch Kundgebungen
für den Rumms Agallari reizen sollen.

Da nach dem Ausgang der Gemeindevahlen
in Troppau im zweiten und dritten Wahlskörper
für die Liberalen nur eine geringe Minderheit zu
erwarten steht, fordert die Parteileitung im ersten
Wahlskörper zur Wahlenthaltung auf. Die im
zweiten Wahlskörper gewählten zwei Liberalen er-
klären die Wahl nicht annehmen zu wollen.

Die „Polit. Korr.“ meldet aus Rom: Die
Nachricht von der bevorstehenden Verlegung des
päpstlichen Stuhls in Brüssel, Franca Nava,
nach Wien sei unzutreffend.

Niederlande.

Mastricht, 22. Mai. Zur Begrüßung der
Königinnen bei dem heutigen Wettrennen sind
verschiedene deutsche Offiziere und Mann-Offiziere
mit den Regimentskommandanten Oberstleutnant
Graf v. Jepsen vom 11. Husaren-Regiment und
Oberstleutnant v. Rogow vom 5. Ulanen-
Regiment eingetroffen.

Belgien.

Brüssel, 22. Mai. Der „Sot“ meldet, daß
in Folge der Intervention Antseeres und
Woeffes, die sich zu Gunsten einer Verlesung
der Uebernahme des Kongresses aussprachen, der
König sich für Verlegung der Uebernahme bis
zum Jahre 1896 entschlossen hat und gleichzeitig
die hierfür erforderlichen Mittel verlangte. Die
Mehrzahl der Minister sei derselben Ansicht ge-
wesen. Der Minister des Aeußeren, Graf
Merebe, hätte insofern gemeint, daß das Mini-
sterium bereits zu weit gegangen sei, um jetzt noch
anzudeuten, und habe deshalb dem König
geheim sein Portefeuille zur Verfügung gestellt,
trotzdem seine Amtseigenschaft ihm abgerathen hätten.
Das Ministerium des Aeußeren dürfte ein
Mitglied des bisherigen Kabinetts übernehmen,
an dessen Stelle Nysens treten würde, der bereits ins
Palais gerufen sei.

Frankreich.

Paris, 22. Mai. Die Budgetkommission
wählte mit 21 Stimmen Lothar zum Präsi-
denten, gegen Carnagis, auf den 10 Stimmen fielen.
Vizepräsidenten wurden Georges Cochery mit 26,
Deluns-Montaud mit 19, Germaine-Roche mit 17
Stimmen. Zu Schriftführern wurden ernannt:
Abel, Doumergue, Raiberti und Chaudet. Lothar
übernahm den Vorsitz mit einer Ansprache, in der
er für die ihm zu Theil gewordene Ehre dankte
und sagte, er müsse bekennen, daß die Republik
angenehmlich in einer schwierigen Lage sich be-
fände. Sie habe aber schon mehrere finanzielle
Anleihen mit Ehren überstanden. Man müsse jetzt
die Schwierigkeiten des letzten Budgets überwin-
den. Der Fehlbetrag habe die Erträge der Zoller-
hebung und der Umwandlung von Verschulden, so-
bald eine große Anzahl von Ausgaben nicht durch ent-
sprechende Einnahmen ausgeglichen würden. In
den ersten Monaten dieses Jahres seien die Er-
träge zurückgegangen und die Regierung wünsche
durch Einführung neuer Steuern das Gleichgewicht
herzustellen. Unter diesen Umständen sei es hohe
Zeit, auf eine energische Sparungsmaßnahme zuzu-
kommen. Man dürfe dem Steuerzahler, der so
schon so hart bedrückt sei, keine neuen Lasten
auflegen. Es sei die Aufgabe der Kommissions-

mitglieder, eine unerbittliche Kritik an allen Zwei-
gen der Verwaltung zu üben und die Nachtrags-
kredite im Entstehen zu hindern, die ein völliges
zweites Budget bildeten. Umfassende Ersparnisse
könne die Kommission nur mit Hilfe der Rege-
rung durchsetzen. Der Ministerpräsident habe in
der Begründung des Budgetentwurfs gesagt, es
ließen sich beträchtliche Ersparnisse machen und er
werde bald Vorschläge dazu einbringen, wie auch
das Gesetz, das er über die Personal- und Mo-
bilitätssteuer vorbereite. Lothar glaubt im Namen
der Kommissionsmitglieder ausprechen zu dürfen,
daß die Regierung, wenn sie den Weg der Er-
sparnisse und Reformen beschreite, an ihnen auf-
richtige Mitarbeiter haben werde. Er schließt mit
der Bemerkung, der wirthschaftliche Wohlstand
Frankreichs sei der Hauptgrund für seine Stellung
in Europa.

Spanien und Portugal.

Madrid, 22. Mai. Eine heute eingelaufene
amtliche Depesche aus Habana theilt mit:
Die unter dem Befehl des Obersten San-
dobal stehende Truppenabtheilung, die zwischen
Beja und Rio Ros auf 700 Aufständische unter
der Führung von Marti, Gomez, Masio und
Borero. Nach anderthalbstündigen Kämpfen wur-
den die Aufständischen ansehnlich zurückge-
trieben. Marti, der sogenannte „Präsident der Republik
Kuba“, wurde getödtet; seine Leiche wurde be-
stimmte wiederentlangt. Die Insurgenten hatten
noch 14 weitere Tödtungen und viele Verwundete.
Viele Waffen und Briefe fielen in die Hände der
Spanier. Die Verluste der Letzteren betrugen
5 Tödtungen und 7 Verwundete. Nach Aussage von
Gefangenen sollen auch die Insurgentenführer
Gomez und Estrada gefallen sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Mai. Der hiesigen Zentral-
verwaltung der dänischen Kolonien ist bisher keine
telegraphische Mitteilung über den von dem
Londoner „Standard“ gemeldeten Aufstand in
Santa Cruz auf St. Thomas zugegangen. Die
Verwaltung bezweifelt die Richtigkeit der Meldung.

Großbritannien und Irland.

London, 22. Mai. Das „Reuter'sche Bureau“
meldet aus Yokohama: Eine Depesche aus Süd-
amerika: Lat-won-lun, der frühere Regent und
das Haupt der antijapanischen Partei, versuchte
aus seiner Residenz zu entfliehen, wurde aber
daran verhindert.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. Mai. Am 14. Juni d. Js.,
an welchem Tage auf Grund des Reichsgesetzes
vom 8. April d. Js. die Berufs- und Ge-
werbezählung im deutschen Reich stattfindet,
wird, wie bei früheren statistischen Erhebungen,
der Unterricht in sämtlichen Schulen
ausfallen. Es wird angenommen, daß die
Lehrer bereit sein werden, sich an dem Zähltag
mittelsend in der einen oder anderen Weise zu be-
schäftigen. Daß Schüler dazu herangezogen werden,
ist nicht statthaft.

Einem in der Wändelstraße wohnhaften
Uhrmacher wurde, wie seiner Zeit gemeldet, am
13. d. Mts. von einem Bettler eine silberne Uhr
gestohlen. Gestern wurde der Dieb in einer Gast-
wirtschaft auf der großen Laßbe durch Beamte
der Kriminalpolizei verhaftet, es ist der
Handlungsgehilfe und frühere Uhrmacher Ger-
mann Leher aus Berlin, der sich hier seit
einigen Wochen abwechselnd in verschiedenen Gast-
häusern niederen Ranges aufgehalten hat. Er
hatte auf den Namen eines Uhrmachergehilfen
Kredithaus laute Papiere bei sich.

Die Leiche des seit dem Herbst vorigen
Jahres vermißten Kaufmanns Jakobson wurde
heute früh am Bleichhof gefunden. Gesicht und
Hände waren bereits verwest und wurde eine
Hefenagelung der Leiche nur durch verschleierte
bei derselben vorgefundene Schmuckstücke, so
namentlich die silberne Taschenuhr nebst Kette,
ermöglicht.

Am Bauzang des Grundstücks Friedrich-
Karlsstraße 29 erhängte sich heute früh um 5
Uhr ein unbekannter, etwa 60 Jahre alter Mann.
Wie uns mitgeteilt wird, findet morgen,
Sonntag, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Kruhow — Ecke der Heinrich- und Zabels-
dorferstraße — auf Einladung des Vorstandes des
Bezirksvereins „Königsthor-Grünhof“ eine
Versammlung der Anwohner des Wägen-
grabens in Grünhof und des Grabens in
der Zabelsdorferstraße statt. Es handelt
sich um eine Vorberatung wegen Kanalisierung
der beiden genannten Gräben, sowie wegen der
Ausflutungsplanmäßigen Herstellung und Regu-
lierung der Zabelsdorfer, Elshof-, Lufas- und der
neuen projektierten Straße zwischen Heinrichstraße
und Laubenstraße, um den gesamten Stadtteil
Grünhof einer gründlichen und definitiven Ge-
sundung entgegenzuführen und ihn gegenüber den
neuerbauten Stadttheilen Stettins konkurrenzfähig
zu machen.

Zum Besten der Kinder-Heilanstalt und
der Ferien-Kolonien veranstaltet der Stettiner
Musik-Verein im Konzerthaus eine Matinee,
zu welcher die Damen Frau Garbe und Frä.
Müsch ihre Mitwirkung als Solisten zugesagt
haben. Die Leitung führt Herr Professor Dr.
Vorenz.

Wir machen an dieser Stelle noch darauf
aufmerksam, daß der 5. Vortrag des Herrn
Vauerhof über: Heinrich Heine heute
8 1/2 Uhr Abends in der Aula des Marienstifts-
Gymnasiums und der letzte Vortrag über 3 1/2
Uhr am selben Ort und zwar nicht, wie ursprüng-
lich beabsichtigt wurde, am nächsten Montag,
sondern Dienstag, 28. Mai, stattfindet.

Das 2. Bataillon Grenadier-Regiments
König Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2
schloß am 24. und 25. d. Mts. von 11 Uhr Vor-
mittags ab auf dem Kresdower Platz mit scharfen
Patrouillen.

Der Regierungs-Beauftragte Winterfeldt
zu Greifenhagen ist an die königliche Regierung
zu Potsdam verlegt und dem Vorsitzenden der
Kommissionen-Verwaltungs-Kommission für den
Kreis Teltow als Stellvertreter überwiesen worden.
Der dreizehntägige Jahresbericht des
deutschen Kriegesbundes giebt in der
Einleitung eine eingehende Betrachtung über die
Veteranen-Bewegung in ihrem Verhältnis zum
Kriegesvereinswesen, sowie über den Fortgang der
Organisation des deutschen Kriegesbundes und
die Richtung, in welcher er die Hauptaufgabe des
Kriegesvereinswesens, die Erhaltung und Belebung

vaterländischer und monarchischer Gesinnung zu
verfolgen gedenkt. Der Deutsche Kriegsbund
einigt zur Zeit in 22 Bezirken bezw. Verbänden
und 9378 Vereinen 775 698 Mitglieder. Das
baare Bundesvermögen beläuft sich auf 560 100
Mark. An Unterstügungen hat der Bund im
Jahre 1894 an 4887 bedürftige Kameraden bezw.
Witwen 72 000 Mark gezahlt. Die beiden
Kriegeswaisenhäuser des Bundes „Glücksburg“ in
Römhild, im Jahre 1884 mit 5 Zöglingen, und
in Ranth in Schlesien, am 15. Juli 1893 mit
26 Zöglingen eröffnet, ersehen jetzt schon 153 Kin-
dern das Vaterland. Der Deutsche Kriegsbund
umfaßt zur Zeit 344 Sanitäts-Kolonnen, welche
sich lediglich nur aus Vereinskameraden zusam-
mensetzen. Dieselben stellen sich im Kriege zur
Verfügung des Rothen Kreuzes, befähigen ihre
Mitglieder aber auch im Frieden bei plötzlichen
Unfällen willkommene Dienste zu leisten.
Die Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkmal
auf dem Köpflinger, welche der Bund mit allen
übrigen deutschen Kriegesvereinen erstrebt, nimmt
nach wie vor seine angestrengte Thätigkeit in An-
spruch; zur Zeit fehlen an den Baustellen noch
200 000 Mark, welche von den Kriegesvereinen
Deutschlands aufzubringen sein werden, insofern
nicht patriotische Herzen alter Soldaten sie durch
freiwillige Gaben in ihrer opferfreudigen Sam-
melthätigkeit unterstützen. Der Bericht giebt einen
schönen Beweis von der patriotischen und gemein-
nützigen Thätigkeit des deutschen Kriegesvereins-
wesens im Allgemeinen und des deutschen Krieges-
bundes im Besonderen.

Nach § 4 Z. 1 des Gewerbeverordnungs-
gesetzes vom 24. Juni 1891 unterliegt der Gewerbe-
steuer nicht der Gartenbau mit Ausnahme der
Runkel- und Handelsgärtnererei — ein-
schließlich des Abzuges der selbstgewonnenen Er-
zeugnisse in rohem Zustande oder nach einer im
Bereich dieses Erwerbszweigs (des Gartenbaues)
liegenden Verarbeitung. In Bezug auf diese
Bestimmung hat das Ober-Verwaltungsgericht,
VI. Senat, I. Kammer, durch Entscheidung vom
6. Dezember 1894 folgende Sätze ausgesprochen:
1. Auch der berufsmäßige Gartenbau zum Zwecke
der Gewinnerzielung ist regelmäßig steuerfrei, und
Sache der Steuerbehörde ist es, diejenigen thät-
lichen Merkmale des Betriebes, welche die
Steuerpflicht als Ausnahme von der Regel
begründen, festzustellen. Bezeichnet sich aber ein
Gärtner als Runkel- und Handelsgärtner, so kann
ihn, falls er der Steuerbehörde gegenüber behauptet,
daß eine Runkel- und Handelsgärtnererei im Sinne
des Gesetzes nicht zu betreiben, die Begründung
dieser Behauptung im Rechtsmittelwege überlassen
werden. 2. Die Runkel- und Handelsgärtnererei,
gleichviel ob sie von einem berufsmäßigen Gärtner
oder von einer Person betrieben wird, welche den
Gartenbau nur als Nebenberuf pflegt, ist steuer-
pflichtig. 3. In zweifelhaften Fällen, in denen
die Zugehörigkeit eines Betriebes zur „Runkel- und
Handelsgärtnererei“ nicht mit Sicherheit bestimmt
ist und die Entscheidung nur nach subjektivem Ermessen
getroffen werden kann, wird es sich empfehlen,
eher die Regel der Steuerfreiheit als die Aus-
nahmebestimmung der Steuerpflicht zur Anwen-
dung zu bringen. 4. Unter „Runkel- und Handels-
gärtnererei“ im Sinne des Gesetzes ist eine Gärtner-
erei zu verstehen, welche sowohl Runkel, als auch
Handelsgärtnererei ist. Bestimmte Merkmale, welche
für sich befähigen Entscheidung der Frage über
die Zugehörigkeit eines Betriebes zur Runkel- und
Handelsgärtnererei mit Sicherheit den Ausschlag
geben könnten, lassen sich nicht bezeichnen; jedoch
können als Merkmale der Runkel- und Handels-
gärtnererei erachtet werden: Technische Vorbildung
des Betriebesinhabers, seiner Angestellten oder Ge-
hilfen, namentlich in Verbindung mit der Zahl
der nicht technischen Arbeitskräfte, künstliche An-
lagen von nicht untergeordneter Bedeutung —
wie z. B. eine ungewöhnlich große Zahl von
Frühbeeten, größere Gewächshäuser und Treib-
hauseinrichtungen, größere maschinelle Vorrichtungen
u. dgl. —, kaufmännische Betriebsformen u. s. w.
Die bloße Thatsache, daß ein Gärtner Treib-
häuser unterhält, macht ihn noch nicht zu einem
Runkel- und Handelsgärtner.

Aufruf

zu einer zum Andenken an
Kaiser Friedrich III. zu er-
richtenden Büste.

Im Jahre 1889 errichtete der Vuchseide-
Verein aus seinen Mitteln die Kaiser-Friedrich-
Hütte in Friedensburg. Noch war das An-
denken an den Tod zweier Herrscher, an das so
traurige, schmerzliche Dahinscheiden des Kaisers
Friedrich, in aller Herzen lebendig.

Seitdem aber sind 6 Jahre verfloßen und
Vieles ist in dieser Zeit geschehen, was die Trauer
um die dahingegangenen Kaiser mildern und in
ein ruhiges Erinnern verwandeln konnte.

Damit aber beginnt auch Kaiser Friedrichs
Bild allmählig in dem Bewußtsein des lebenden
Geschlechtes zurückzutreten. Gewiß nicht bei
Denen, welche sich seiner Persönlichkeit, seines
lebenswichtigen eblen Wesens noch aus eigener
Anschauung erinnern. Wie Viele von uns haben
ihn in Stettin und an andern Orten in der
Provinz oder anderswo — vielleicht auch im
Kriege gesehen, gehört, seine edle erhabene Er-
scheinung bewundert, seinen herrlichen Charakter
kennen gelernt. Stand er doch auch als Kron-
prinz und als langjähriger Statthalter von Pom-
mern unserm Lande und Volke besonders nahe!

Aber Nichts ist bis dahin geschehen, um Sein
Andenken bei uns in würdiger Weise zu erhalten;
nicht nur bei Denen, die ihn gekannt, sondern
auch bei dem heranwachsenden Geschlechte!

Wohl ist dem Heidenthümer Wilhelm I. in
Stettin ein prachtvolles theures Krieger- und
Kaiser-Denkmal errichtet — nicht aber seinem
edlen Sohne Friedrich Wilhelm, der ihm, dem
Vater, in seinen Kriegen zur Seite stand und
seine Siege mit erröth, und dem das Vaterland
ebenfalls ewigen Dank schuldet.

Wenn wir nun in Friedensburg eine ihm
geweihte, von Taufsteinen jährlich besuchte Stätte
besitzen, von der aus sich ein so herrlicher Blick
über das schöne Pommern und die große Stadt
Stettin eröffnet, die er so oft besucht, wenn seine
Flagge an allen schönen Sonn- und Festtagen
von dieser Stätte aus, weithin sichtbar, herabwacht
— so möge auch hier in Friedensburg noch ein
anderes Andenken an ihn — sein Bildnis,
Platz finden und die Erinnerung an den Helde-
nsohn des Helde-Kaisers stets frisch und unver-
gänglich erhalten!

